

Niederschrift über die 13. Sitzung des Sozialausschusses des Stadtrates Suhl am 01.12.2020

Ort: Rathaus Suhl - Oberrathausaal, Marktplatz 1, 98527 Suhl

Zeit: 17:00 – 18:30 Uhr

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE (gemäß Ablauf der Sitzung)

	Beschluss-Nr.	
Nicht öffentlicher Teil (TOP 1 – 3)		
Öffentlicher Teil		
4.	Feststellung der Anwesenheit	
5.	Abstimmung über das Rederecht für Gäste	
6.	Abstimmung über die Tagesordnung	
7.	Behandlung von Anfragen gemäß § 23 (5) der Geschäftsordnung (schriftliche oder mündliche Anfragen der Bürger)	
8.	Informationen durch den Ausschussvorsitzenden	
8.1.	Beschlussfassung über die Niederschrift der 12. Sitzung des Sozialausschusses am 07.10.2020	SA 018/13/2020
9.	Berichterstattung des Jobcenters der Stadt Suhl zur aktuellen Lage am Ar- beitsmarkt Gast: Frau Leicht, Geschäftsführerin des Jobcenters Suhl	
10.	Beratung zur Mitversorgungspflicht der Kommune an Plätzen für Pflegebedürf- tige	
11.	Termin- und Themenplanung für das Jahr 2021	
12.	Behandlung von Beschlussvorlagen	
13.	Behandlung von Anträgen	
14.	Behandlung von Anfragen gemäß § 23 (2) der Geschäftsordnung	
Nicht öffentlicher Teil (TOP 15 – 18)		

Nicht öffentlicher Teil (TOP 1 – 3)

Öffentlicher Teil

TOP 4.: Feststellung der Anwesenheit	- öffentlich -
---	----------------

Von 10 stimmberechtigten Mitgliedern des Sozialausschusses sind 8 Mitglieder anwesend. 1 Mitglied fehlt entschuldigt und 1 Mitglied unentschuldigt. Damit ist der Sozialausschuss beschlussfähig.

TOP 5.: Abstimmung über das Rederecht für Gäste	- öffentlich -
--	----------------

Für den öffentlichen Teil der Sitzung sind keine Gäste geladen.

TOP 6.: Abstimmung über die Tagesordnung- öffentlich -

Herr Jähne informiert, dass der Tagesordnungspunkt 9 von der Tagesordnung abgesetzt wird, da Frau Leicht ihre Teilnahme an der Sitzung abgesagt hat.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

8 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen von 8 Stimmberechtigten

Damit ist die geänderte Tagesordnung bestätigt.

**TOP 7.: Behandlung von Anfragen gemäß § 23 (5) der Geschäftsordnung
(schriftliche oder mündliche Anfragen der Bürger)**- öffentlich -

Frau Vestner hat von Bürgern bereits dreimal die Mitteilung erhalten, dass Kitas erst 06:30 Uhr bzw. 07:00 Uhr öffnen. Sie möchte wissen, ob es hier Absprachen mit der Stadt gibt oder ob hier die Entscheidungsbefugnis bei der jeweiligen Kita liegt. Herr Turczynski erläutert, dass die Kitas in der Stadt Suhl mindestens 9 Stunden geöffnet sind. Teilweise auch länger. Aufgrund des jetzt wieder coronabedingten eingeschränkten Regelbetriebs gelten Einschränkungen für die Organisation in den Kitas (z. B. Betreuung in festen Gruppen mit festen Räumen und Erziehern). Eine Betreuung in gemischten Gruppen und verschiedenen Erzieherin, wie es in Früh- oder Spätbetreuung üblich ist, kann deswegen nicht erfolgen. Deshalb kommt es zu Einschränkungen in den Betreuungszeiten. Basis hierfür sind die Hygienekonzepte der Träger der Kitas.

TOP 8.: Informationen durch den Ausschussvorsitzenden- öffentlich -

TOP 8.1.: Beschlussfassung über die Niederschrift der 12. Sitzung des Sozialausschusses am 07.10.2020- öffentlich -

Der Sozialausschuss beschließt:

Die Niederschrift der 12. Sitzung des Sozialausschusses am 07.10.2020 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja - 0 Nein - 1 Enthaltungen von 8 Stimmberechtigten

Damit ist die Niederschrift der 12. Sitzung des Sozialausschusses am 07.10.2020 beschlossen.

**TOP 9.: Berichterstattung des Jobcenters der Stadt Suhl zur aktuellen Lage am
Arbeitsmarkt
Gast: Frau Leicht, Geschäftsführerin des Jobcenters Suhl**- öffentlich -

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Frau Dr. Sperling nimmt ab 17:23 Uhr an der Sitzung teil. Damit sind 9 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

TOP 10.: Beratung zur Mitversorgungspflicht der Kommune an Plätzen für Pflegebedürftige

- öffentlich -

Frau Vestner erläutert, dass im Pflegestärkungsgesetz die Qualitätssicherung in der Pflege im Gesetz festgehalten ist. Hier ist auch geregelt, wie Kommunen und Gemeinden sich an der Versorgung von Pflegebedürftigen beteiligen können. Grundsätzlich soll die Aufnahme in eine Pflegeeinrichtung vermieden werden. Eine Maßnahme hierfür ist die altersgerechte Gestaltung bestehenden Wohnraums. Für Häuser mit besonderer Nutzung – Wohngemeinschaften die nicht unter das Heimgesetz fallen - sind die Brandschutz- und bauaufsichtlichen Kontrollen durch die Kommune regelmäßig durchzuführen. Es gibt keine gesetzliche Pflicht für Kommunen Plätze für Pflegebedürftige zu schaffen. Auch informiert sie darüber, dass Angehörige von Heimbewohnern, die Intensivpflege erhalten zukünftig nicht mehr zur Zahlung eines Eigenanteils verpflichtet sind. Der wird durch die Pflegekassen übernommen. Die Qualitätssicherung in der Pflege wird u. a. durch den durch die Stadt Suhl unterstützten Verein Senioren helfen Senioren e. V. unterstützt. Auch ist festzustellen, dass Pflegediensten keine Parkkarten für ihre ambulanten Dienste durch die Stadt Suhl zur Verfügung gestellt werden.

Frau Leukefeld: erklärt, dass der Antrag auf Parkkarten für ambulante Pflegedienste nach Prüfung durch das zuständige Fachamt mit der Begründung, die Gleichbehandlung mit anderen Dienstleistern, wie z. B. Handwerkern zu wahren, abgelehnt wurde. Sie schlägt vor den Antrag auf eine kostenfreie Parkkarte erneut prüfen zu lassen. Kostenpflichtig können Parkkarten erworben werden.

Herr Dr. Hofmeier: beschreibt die Lösung der drei Kurzzeitparkplätze in der Otto-Bruchholz-Straße als eine gute Lösung für Dienstleister.

Herr Turczynski: erläutert, dass mit dem Pflegestärkungsgesetz I, II, III als ein wesentliches Ziel die Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege vorgesehen war, was nicht umgesetzt wurde. Das resultiert u. a. aus der Benennung der prioritär zuständigen Leistungsträger im SGB XI. Dort sind Kommunen nicht benannt. Allerdings gibt es in einer Kommune sehr viel Fachwissen, haupt- und ehrenamtliches Engagement, jedoch ohne Zuständigkeit, ohne Kompetenz und ohne finanzielle Mittel. Damit konnte die Idee des Pflegestärkungsgesetz nicht umgesetzt werden. Geblieben sind die Möglichkeiten kommunale Pflegestützpunkte zu errichten, kommunale Modellvorhaben umzusetzen und regionale Pflegeausschüsse zu bilden. Die ersten beiden Möglichkeiten wurden u. a. auch aufgrund des damit entstehenden finanziellen Bedarfs in Suhl nicht umgesetzt. Für die regionalen Pflegeausschüsse gibt es einen Landesvorbehalt. Deshalb wurde ein solcher bisher nicht gebildet. Letztendlich geht es um eine kompetente Beratung im Bedarfsfall. Durch das sehr gute Netzwerk der Akteure in der Stadt Suhl sowie die bestehenden und im LSZ erfassten Angebote kann ein kurzfristiger und akuter Beratungsbedarf abgedeckt werden. Hinzu kommt die Idee den Pflegestammtisch wieder zu beleben. Dort kann auch die Problematik der Parkscheine für ambulante Pflegedienste besprochen werden. Parkscheine können kostenpflichtig erworben werden. Sie berechtigten allerdings nicht überall, wie z. B. Feuerwehrzufahrten oder auf Privatgrundstücken zu parken.

Frau Leukefeld: fragt an, ob es noch Wartelisten für stationäre Pflegeeinrichtungen gibt und wie den Angehörigen geholfen wird.

Frau Vestner: erklärt, dass im Johannispark die Aufnahme nach Dringlichkeit erfolgt. Wartelisten in dem Sinne gibt es nicht. Sie geht davon aus, dass die anderen Einrichtungen eine ähnliche Praxis anwenden. Für akute Bedarfe kann die Kurzzeitpflege des Klinikums genutzt werden. Diese Plätze sind allerdings häufig alle belegt.

Herr Dr. Hofmeier: erläutert, dass es durchaus Fälle gibt, in denen eine Unterbringung in Suhl nicht

meier:	erfolgen kann. Dann werden die Angebote von Pflegeeinrichtungen in der Umgebung genutzt.
Frau Messerschmidt:	erhält häufiger Rückmeldungen, dass kurzfristig keine Pflegeplätze in Suhl verfügbar sind. Genutzt wird dann u. a. die Geriatrie. Im ambulanten Bereich werden Pflegeverträge vermehrt kurzfristig gekündigt.
Frau Habelt:	weist auf die Software eines Unternehmens hin, mit der freie Pflegeplätze ermittelt werden können. Sie schlägt vor, Behindertenparkplätze an Wohnhäusern in Parkplätze für behinderte Menschen und ambulante Pflegedienste umzuwandeln.
Herr Jähne:	schlägt vor, die Anzahl der Personen, die auf den Wartelisten in den Pflegeeinrichtungen stehen abzufragen. Auch sollten bzgl. der Parkmöglichkeiten für ambulante Pflegedienste die Wohnungsbaugesellschaften zu Lösungsmöglichkeiten befragt werden.
Frau Vestner:	weist darauf hin, dass die Warteliste der Pflegeheime zum einen Mehrfachanmeldungen bzw. bereits verstorbene Personen enthalten.
Herr Turczynski:	befürwortet die Abfrage zu den Wartelisten in den Pflegeheimen und die Abfrage der Wohnungsbaugesellschaften zu Lösungsmöglichkeiten für Parkplätze, die ambulante Dienste nutzen können. Er weist darauf hin, dass eine Software zum Abruf freier Pflegeplätze auch einer aktuellen und regelmäßigen Datenpflege bedarf. Das sollte auch hinterfragt werden.
Frau Müller:	fragt an, ob die geriatrische Abteilung des Klinikums in den Krankenhausplan aufgenommen wurde.
Frau Leukefeld:	erläutert, dass sie sich bzgl. der Geriatrie in Suhl zweimal an die Sozialministerin gewandt hat. Eine Geriatrie in Suhl wurde von ihr zweimal abgelehnt. Das Klinikum hat in eigener Verantwortung die Abteilung ausgestattet. Eine endgültige Entscheidung steht weiterhin aus.

TOP 11.: Termin- und Themenplanung für das Jahr 2021

- öffentlich -

Die Mitglieder des Sozialausschusses einigen auf folgende Beratungstermin im Jahr 2021:

27.01.2021, 03.03.2021, 31.03.2021, 05.05.2021, 02.06.2021, 30.06.2021, 08.09.2021, 06.10.2021, 10.11.2021, 08.12.2021.

Folgende Beratungsthemen werden von den Mitgliedern des Sozialausschusses vorgeschlagen:

- Berichterstattung zur Umsetzung des Kommunalen Aktionsplans der Stadt Suhl „Auf dem Weg zu einer inklusiven Stadt“
- Berichterstattung des Gleichstellungsbeirates
- Berichterstattung des Frauenhauses und dem Projekt ORANGE
- Sozialkonferenz zum Thema Pflege
- Berichterstattung zur Suchtberatung und Drogenberatung und Tagesstätte für Drogenabhängige sowie Vorstellung des Projektes „Rückenwind“ – Termin: 06. Oktober 2021
- Berichterstattung zur Situation der Obdachlosen und der Obdachlosenherberge
- Berichterstattung über die Arbeit des Gesundheitsamtes (Termin: 4. Quartal)
- Berichterstattung zum Leitbild „Älter werden in Suhl“
- Berichterstattung zu Kosten der Unterkunft, Mietspiegel
- Information zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und Regelung der Kostenübernahme der Schülerförderung von Schülern mit Handicap, die eine Schule als Gastschüler besuchen (Termin: 1. Halbjahr)
- Information zum aktuellen Stand der Tafel und der Kindertafel
- Information zu Schuldner- und Verbraucherinsolvenzen
- Information zu Corona-Impfung (u. a. Impfzentren)

- Information zur Sozialberatung von Mitbürgern aus dem südosteuropäischen Raum die insbesondere in den Wohngebieten Am Himmelreich und Döllberg wohnen
 - Frau Messerschmidt weist auf die allgemeine Sozialberatung und die Rückkehr bzw. Migrationsberatung der Caritas hin. Im Wohngebiet Am Himmelreich bietet der Internationale Bund mit seinem Projekt ThiNKA Beratungsangebote an.
 - Vorstellung von Angeboten für Migranten

Dem Termin- und Themenplan wird konkludent zugestimmt.

TOP 12.: Behandlung von Beschlussvorlagen

- öffentlich -

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

TOP 13.: Behandlung von Anträgen

- öffentlich -

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 14.: Behandlung von Anfragen gemäß § 23 (2) der Geschäftsordnung

- öffentlich -

Anfragen werden im öffentlichen Teil nicht gestellt.

Nicht öffentlicher Teil (TOP 15 – 18)

Lars Jähne
Ausschussvorsitzender

F. Keiner
Schriftführerin